Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 18

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeitsplatz zu halten. Offenbar klappt es in diesem Punkt trotz aller Werbeaktionen doch nicht genügend.

Wirtschaftlich ergeben sich aus der gegenwärtigen Bevölkerungsverteilung nicht nur ein ungenügendes Ausnützen der Bodenschätze und Agrarmöglichkeiten, sondern auch unrationelles Arbeiten wegen Mangel an lokaler Industrie. So führt die «Ekonomitscheskaja Gasjeta» als Grund für die notwendige Industrialisierung des entfernten Ostens u. a. folgende Beispiele an: «Das Holz wird von Sibirien nach dem Ural und in die europäischen Gebiete befördert, wo man daraus Standardhäuser fabriziert und sie wieder nach Sibirien, Kasachstan usw. zurücktransportiert. Von Smolensk (russisch-weissrussische Grenze) transportiert man jährlich zirka 500 Waggons leerer Flaschen 10 000 km nach dem Osten, was zirka drei Millionen (alte) Rubel kostet. Für diesen Betrag könnte man einen entsprechenden Betrieb bauen.»

Andere Gründe

Diese wirtschaftlichen Gründe der sowjetischen Besiedlungspolitik werden in der Unionspresse durchaus offen behandelt. Dagegen schweigt man von den politischen, die ebenfalls ihre Rolle spielen. So hat Kasachstan weite Grenzen mit China gemeinsam, die Kasachen sind ein Stamm, der auch im angrenzenden China zu finden ist. Chruschtschews systematische Ueberführung von Russen in diese Gebiete hat also gleichzeitig den wichtigen Zweck, das moskaufreundliche Element gegenüber dem traditionellerweise chinafreundlichen unter der Bevölkerung zu stärken und die Republik besser unter Kontrolle zu halten.

Umsiedlungsaktionen von grossem Umfang sind in der Geschichte der russischen Landwirtschaft nicht neu und fanden schon zur Zarenzeit statt. Damals lockte man die Bauern mit teils nicht eintreffenden Möglichkeiten von Landerwerb. Dieser Anreiz besteht zur Zeit der fortschreitenden Vollkollektivierung nicht mehr. So werden andere Lockmittel gesucht, und falls diese nicht ausreichen, andere Mittel schlichtweg.

Die sowjetzonalen Presseleute führen eine « Afrika-Solidaritätsaktion » durch. Auf dem Afrika-Konto des Verbandes der Deutschen Journalisten (VDJ) sind bereits mehr als 750 000 DM (Ostmark) einbezahlt worden.

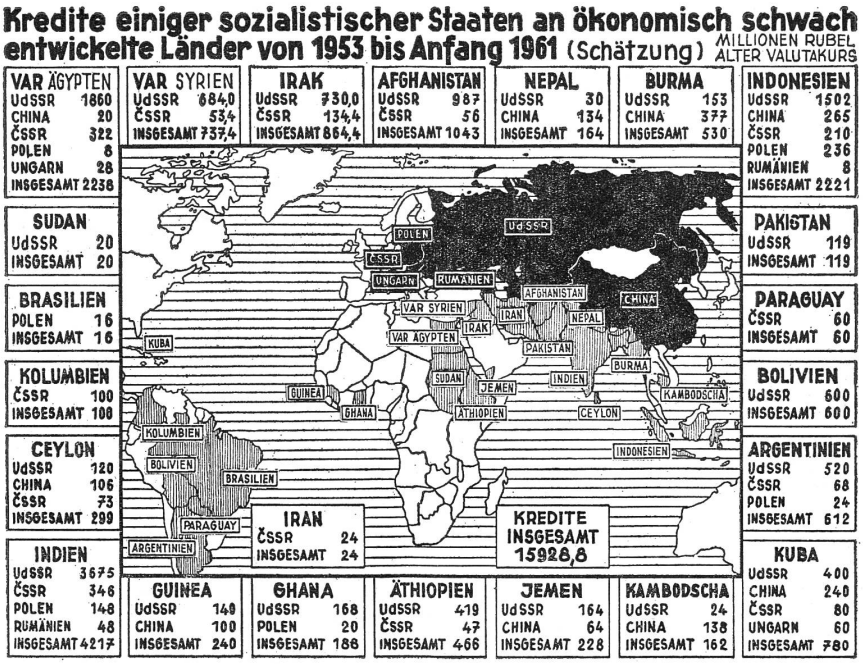
Propaganda

Schweiz

K ist aufmerksam

Chruschtschew gratulierte einer Schweizerin zur Besteigung des Kilimandscharo, einer Leistung, der man bei uns selbst kaum Beachtung geschenkt hatte.

In der Firma, wo die junge Bergsteigerin arbeitet, hielt man das auf dem Fernschreiber erscheinende Glückwunschschreiben zunächst für einen Scherz, konnte sich aber später davon überzeugen, dass es durchaus echt war. Die von der SBZ-Nachrichtenagentur ADN aus Moskau übermittelte, freundliche Gratulation ist ein erstaunliches Beispiel für die Aufmerksamkeit der sowjetischen Propaganda, die keineswegs nur die Form der politischen Werbung anzunehmen braucht.



Entwicklungskredite

Ostblock

Die Aufteilung

Einen aufschlussreichen Rahmen zur Darstellung aktueller sowjetischer Unternehmungen in den Entwicklungsgebieten (KB Nr. 16) liefert diese Karte der Ostberliner Wochenzeitung «Die Wirtschaft», weil sie die Darlehenspolitik des Ostblocks in ihrer Aufteilung zeigt.

Gut drei Viertel aller Kredite stammen von der UdSSR, während von den übrigen Staaten vorwiegend die Tschechoslowakei und China beteiligt sind. Die führende Rolle Prags unter den Satelliten in den Aussenwirtschaftsbeziehungen ist besonders deutlich ersichtlich und entspricht auch der Rolle der CSSR als Pionier im Kulturaustausch mit nichtkommunistischen Ländern. Aus dieser Darstellung, die einen Zeitraum von acht Jahren umfasst, kommen die in letzter Zeit zunehmenden Anstrengungen Ostdeutschlands, Bulgariens und Polens weniger zur Geltung.

Der chinesische Einfluss erstreckt sich begreiflicherweise besonders auf asiatische Gebiete (Burma, Kambodscha, Nepal, Ceylon), doch ist daneben auch die Beteiligung Pekings an der Entwicklung Guineas auffällig, wo Sekou Touré sich von chinesischen Beratern in die landwirtschaftliche Kommunenpraxis einführen liess, die in der CVR selbst ja wirtschaftlich weitgehend Schiffbruch erlitt. Ghana dagegen, der andere sehr stark kommunistisch beeinflusste Staat des Kontinents, steht wirtschaftlich ganz im Wirkungsbereich der Sowjetunion.

In ihrem Kommentar erklärt die «SBZ-Zeitung»: «Das Ziel ist Unabhängigkeit.» Wie wenig dies auf die Sachlage zutrifft, zeigt der gegenwärtig so stark vorangetriebene Bau von Oelraffinerien (bekanntlich übrigens nicht nur in den Entwicklungsländern). Die ölverarbeitende Industrie wird besonders zur Raffinerie des stark schwefelhaltigen sowjetischen Erdöls eingerichtet und bleibt darnach direkt vom sowjetischen Export abhängig. An sich wäre ja der Transport von zentral raffiniertem Oel rationeller, aber dieses könnte immer von Oellieferanten des freien Marktes konkurrenziert werden.

Meist hat die kommunistische Entwicklungshilfe die Form langfristiger Kredite zu einem niedern Zinsfuss (meist 2,5 Prozent), wobei oft die Kreditnehmer auf Zahlung in freien Währungen (praktisch in Dollar) bestehen. Die Tilgung der Darlehen ist häufig als Warenlieferung vorgesehen. Dass auch hier Entwicklungsländer unliebsame Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, zeigt das Beispiel Guineas, welches der Sowjetunion Bananen zu vorbestimmten Preisen liefern musste, die deutlich unter den Weltmarktpreisen lagen.

Politik

Tibet

Die grosse Ankündigung

China hat jetzt versprochen, mit der Kollektivierung im Tibet noch zuzuwarten, doch zeichnen sich gleichzeitig die Linien der Reformen ab, die das Land nicht nur der Vollkommunisierung, sondern auch der totalen Einverleibung in die Chinesische Volksrepublik entgegenführen.

Die Zusicherung, in den nächsten fünf Jahren keine «sozialistische Umgestaltung» durchzuführen, wurde kürzlich offiziell vom Sekretär des «Tibetischen Arbeitskomitees» der chinesischen KP gegeben. Zu verstehen ist diese Erklärung nur im Rahmen der Entwicklung, die China zurzeit dem unterdrückten Land aufzwingt.

Der wichtigste Programmpunkt, der vor der Rebellion von 1959 immer wieder zurückgestellt werden musste, ist für die Zentralregierung in Peking die «Durchführung von Reformen». Diese «Reformen» haben zwei konzentrische Kreise: 1. Die *Landreform*, d. h. die Aufteilung des Grossgrundbesitzes nach bewährtem Muster, Neuvermessung des Bodens und Verteilung desselben an sogenannte landlose

Bauern, ehemalige Sklaven und Leibeigene. 2. Die *Umerziehung* der Bevölkerung, insbesondere der Intellektuellen; diese be-inhaltet umfassende Propagierung des kommunistischen Ideengutes mit allen Konsequenzen. Beide Faktoren ergänzen einander, jedoch mit dem Unterschied, dass die Landreform gesetzlich kodifiziert ist, während die Umerziehung durch die verschiedenen Organisationen mittelbar unter gesellschaftlichem Druck durchgeführt wird.

Nach eineinhalbjährigen Säuberungen und Vorbereitungen wurde am 25./26. Oktober 1960 die Verordnung «Ueber Entschädigungszahlungen» angenommen. Gleichzeitig wurde eine Direktive «Ueber die Verleihung von Landtiteln» beschlossen. Nach Artikel 8 der chinesischen Verfassung, die heute auch für Tibet gilt, schützt der Staat das Recht der Bauern, Land und andere Produktionsmittel gemäss dem Gesetz zu besitzen und nach Artikel 30 des Agrarreformgesetzes werden Landbesitzurkunden allen jenen verliehen, welchen gemäss dem Gesetz in den Distrikten, in denen die Ueberprüfung der Reform abgeschlossen worden ist, Land gegeben wurde. Bei flüchtiger Betrachtung dieser Verordnungen könnte es scheinen, dass damit den Bauern echte Besitztitel verliehen werden. Dem ist aber nicht so. Im Gegenteil stellt diese Direktive nur die verschleierte Form dar, die Bauern vorerst mit Propagandamitteln zu blenden, um ihnen letztlich unter Vorspiegelung des eigenen Nutzens ihr Eigentum zu rauben. Denn in der Direktive heisst es weiter, dass sie beitragen werde, «... schrittweise die Bewegung für gegenseitige Hilfe und *für die Kollektivierung* zu erweitern».

In diesem Sinne sind auch die Instruktionen des Vertreters der Zentralen Volksregierung und Sekretärs des Tibetischen Arbeitskomitees der KP Chinas, Chang Ching-wu, vom 4. April 1961, zu verstehen. Er stellt in seiner Rede vor der Regionalregierung in Tibet fest, dass in den nächsten fünf Jahren keine sozialistische Umgestaltung durchgeführt wird, keine landwirtschaftlichen und Viehzuchtkooperative, und auch keine Volkskommunen errichtet werden. Das ist lediglich als eine taktische Massnahme anzusehen. Denn es heisst andererseits, dass man sich in erster Linie «auf die kontinuierliche Vollendung der demokratischen Reformbewegung» konzentrieren werde. Diese sogenannte demokratische Reformbewegung aber bezieht sich im wesentlichen auf die Umerziehungskampagne, damit die volksdemokratische Diktatur gefestigt wird und andererseits Zeit gewinnt, eine für die endgültige Durchführung der Kollektivierung genügende Anzahl von kommunistischen Funktionären heranzubilden. Letztlich sollen damit, wie Chang deutlich erklärt, die entsprechenden Voraussetzungen für die endgültige Durchführung «der sozialistischen Umgestaltung» im vollen Sinne des Wortes geschaffen werden.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt ist für die Durchsetzung dieses Zieles die Schaffung eines entsprechenden Verwaltungssystems. Auf der April-Sitzung des «Vorbereitenden Komitees für die Autonome Region Tibet» (diese von Peking eingesetzte Behörde besteht seit 1955) wurde daher beschlossen, dass die feudalen Vorrechte der Klöster abgeschafft werden müssen. Damit will man sich endgültig der führenden tibetischen oppositionellen Kräfte entledigen. Ferner soll das sogenannte «demokratische Verwaltungssystem» sofort errichtet werden. Entsprechende Wahlen für die Organe der Grundstufen sollen in Kürze durchgeführt werden, dann Volkskongresse gebildet und aus diesen der erste Volksrat von Tibet konstituiert werden. Mit diesen Massnahmen strebt China die Aufhebung der jetzt noch bestehenden Interimsstatus an, der durch das Vorbereitende Komitee gegeben ist. Dann wird Tibet nach rotchinesischen «Rechtsgrundsätzen» endgültig Gross-China einverleibt, wodurch es seine bis jetzt noch im formellen Sinne bestehende Eigenstaatlichkeit verliert und im gross-chinesischen Reich zu einem Minderheitengebiet, wie Sinkiang, die Innere Mongolei usw. wird. Dadurch werden aber auch Angelegenheiten, die bisher allein Tibet betrafen, zu einer Angelegenheit, welche lediglich die kommunistische Regierung in Peking angeht. Ein fait accompli also, der in den Diktaturen der jüngsten Vergangenheit genügend Parallelen hat. Das droht Tibet.

Wirtschaft

SBZ

Sozialistische Blumen

Zu Beginn dieses Monats wurde in Erfurt die Erste Internationale Gartenbau-Ausstellung der Sozialistischen Länder eröffnet. Vorbereitet wurde sie durch 2,7 Millionen unbezahlter «Aufbaustunden», welche die Bevölkerung in den beiden letzten Jahren leisten musste, damit die Stadt auf die auswärtigen Besucher keinen allzu verwahrlosten Eindruck macht.

Dass die sozialistischen Blumen andere Aufgaben zu erfüllen haben als Blumen schlechthin, erläuterte der Direktor der Veranstaltung, Helmuth Lehmann: «In unserer Lehr- und Leistungsschau des sozialistischen Gartenbaus ist die Zierpflanze nicht Selbstzweck.» Die Blumenschau soll der Leistungssteigerung dienen, ferner der Exporterhöhung und nicht zuletzt der politischen Propaganda, ist sie doch als «Forum des gesamtdeutschen Gesprächs» vorgesehen. Erstmals seit vielen Jahren wird

Reformen gegen Revolution: Venezuela

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Parlament aus Senat und Abgeordnetenhaus.

Wahlberechtigt alle über 21 Jahre alten Bürger. Wehrpflicht zwischen 18 und 45 Jahren. Gliederung in 20 Bundesstaaten, zwei Bundesterritorien und dem Bundesdistrikt der Hauptstadt.

Staatspräsident und Regierungschef Romulo Betancourt, im Dezember 1958 gewählt, nachdem während zehn Monaten eine Militärjunta auf das gestürzte Regime von Perez Jimenez gefolgt war, der seinerseits 1948 durch einen Militärputsch Betancourt abgesetzt hatte. Aus der Regierungskoalition von Betancourts Acción Democratica (gemässigt links) mit der Unión Republicana Democratica und der konservativ-christlich-sozialen COPEI trat die Republikanisch-Demokratische Union 1960 aus. Die in der Regierung nicht vertretenen Kommunisten erzielten bei den letzten Wahlen 6 Prozent der Stimmen, doch gibt es andere extreme Linksgruppen.

Die Regierung sucht durch ein Reformprogramm auf lange Sicht einem revolutionären Umsturz wie in Kuba vorzubeugen. Bisher konnte sie Anschläge und Unruhen (vor allem Studentenunruhen im letzten Winter) Herr werden.

Fläche: 912 050 Quadratkilometer.

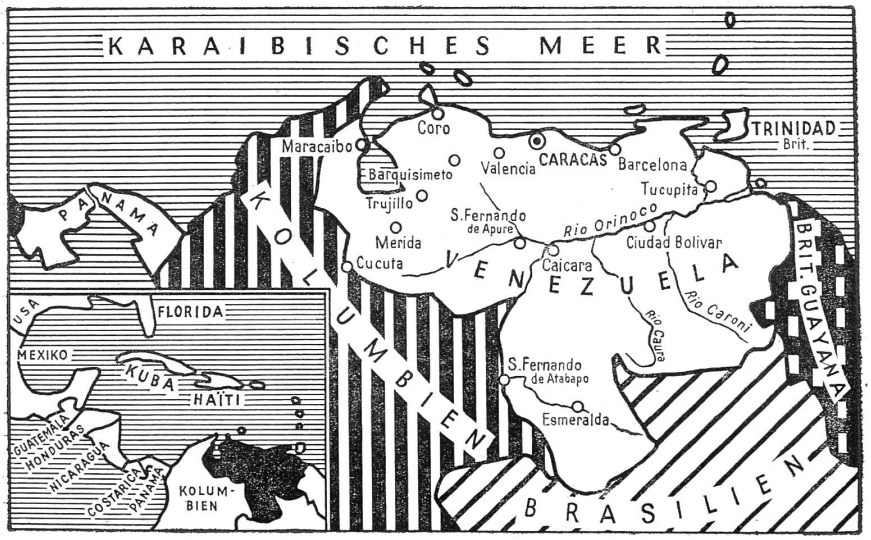
Einwohner: 6 700 000 (1960).

Städte: Caracas (Hauptstadt) 1 370 000, Maracaibo, Barquisimeto, Valencia.

Bevölkerung: Vor allem Mulatten und Mestizen, 10 bis 15 Prozent Weisse (meist spanischer Herkunft), 8 bis 10 Prozent Indianer und Neger. Noch nahezu drei Viertel des bebauten Landes in Grossgrundbesitz.

Export: 90 Prozent Erdöl (das Land gehört zu den grössten Oelproduzenten der Welt), an zweiter Stelle Kaffee, ferner Eisenerze.

Mitgliedschaft: Uno, OAS.



auch den Westberlinern Gelegenheit geboten, über ein Reisebüro Fahrten nach der Blumenstadt zu buchen. In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Landwirtschaftsminister Hans Reichelt die Ausstellung als Beweis der Ueberlegenheit des sozialistischen über den kapitalistischen Gartenbau. Dabei mehren sich gerade in diesen Tagen in der SBZ die Klagen über das unzureichende Angebot an Frühgemüse.

An der Blumenschau, die bis zum 15. Oktober dauert, beteiligen sich neben der DDR auch die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien.

Bevölkerung

Ungarn

Diskriminierte Zigeuner

Die Zigeuner werden in Ungarn immer noch stark diskriminiert, doch werden Mittel und Wege gesucht, sie in die «Gesellschaft einzugliedern».

Die Zigeunerfrage steht im Lande gegenwärtig lebhaft zur Diskussion, wobei in der Presse ein auffälliger Tonwechsel gegenüber früheren Stellungnahmen zu diesem Problem festzustellen ist. Die bestehenden Vorurteile unter der Bevölkerung werden jetzt eindeutig verurteilt und verständnisvolle Einstellung zum fahrenden Volk gefordert. Noch im letzten Herbst aber waren deutliche Ausfälle gegen die Zigeuner erschienen, welche überhaupt keinen Willen zeigten, am sozialistischen Aufbau mitzuwirken.

Die Budapester Wochenschrift «Elet» es Irodalom» verlangt jetzt energisch «Schluss mit dieser Rassendiskriminierung», die sich schon in der immer wieder vorkommenden Berichterstattung spiegle, wie «Ein Zigeuner-Taschendieb festgenommen», «Zigeunerwahrsagerin vor Gericht» oder «Zigeuner verübten Einschleichdiebstahl». Dies habe aufzuhören, denn man schreibe auch nicht «Ein jugoslawischer Dieb» oder «eine rumänische Handleserin» (nationale Minderheiten in Ungarn).

Die ungarischen Ziegeuner hätten gegenwärtig nur den einen Wunsch, dass man sie als gleichberechtigte Ungarn anerkenne. Dazu habe das «Weisse Volk» (so nennen die Zigeuner alle, die nicht ihrer Rasse angehören) seine Vorurteile zu überwinden. Aber noch kursierten unzählige Schauermärchen über die Zigeuner.

Ein sehr ausführlicher Beitrag zu diesem Thema erschien in «Narodne novine», einem Organ der jugoslawischen Minderheit in Ungarn. Der Verfasser Jospi Guljas untersuchte die Lage des Zigeunertums in Ost- und Westeuropa und kommt zum Schluss, dass die Frage am besten in der Sowjetunion gelöst sei, wo die Zigeuner seit über dreissig Jahren über Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in ihrer eigenen Sprache verfügten und in Moskau ein eigenes Lehrerseminar besässen.

Die Lage der 200 000 ungarischen Zigeuner ist nach Ansicht des Schreibers schon insofern schwer zu meistern, als sie weder eine einheitliche Sprache noch eine einheitliche Kultur aufwiesen. Erste Aufgabe sei es nun, sie in das soziale Leben einzugliedern. Dabei befürwortet Guljas ein ausgesprochen sanftes Vorgehen. Die Zigeuner haben seiner Ansicht nach vorerst nur in jenen Berufen ausgebildet zu werden, die keine strenge Arbeitsdisziplin verlangen; Fabrikbeschäftigung komme nicht in Frage. In erster Linie seien ihre produktiven Kräfte zu fördern. Die günstigsten Arbeitsplätze fänden sich auf landwirtschaftlichen und handwerklichen Genossenschaften.

Anscheinend ist die Politik dem Zigeunertum gegenüber unter das Motto «liebevolle Erziehung» gestellt worden. Die Kampagne steht in Einklang mit den schon seit einigen Monaten laufenden Bemühungen Budapests, sich betont human zu geben.

Dem liegt wohl nicht zuletzt die Notwendigkeit zugrunde, die ob der beschleunigten Kollektivierung verstimmte Landbevölkerung «bei der Stange zu halten».

In Ungarn sind Bestrebungen im Gange, die Bestellung der Obstgärten und Weinberge der Kollektivgüter nicht nur auf Arbeitsbrigaden und Arbeitsgruppen, sondern auch auf einzelne Familien zu verteilen. Diese würden 20 bis 25 Prozent von der über der Norm liegenden Produktion als zusätzlichen Bar- oder Naturalverdienst erhalten. Diese Regelung ist im Komitat Heves vorgeschlagen worden, weil die Kollektivproduktion dort, wo die Arbeit «viel Liebe» erfordert, nicht rentiert. So sollen persönlicher Aufgabenbereich und persönliche Verantwortung wieder zur Geltung kommen, ohne dass man die (gut rentierende) privat bebaute Nebenwirtschaft vergrössert.

Aussenpolitik

Sowjetunion

Belobigte Schweiz

Die «Hauptperson» bei den amerikanischen «Machenschaften» gegen Kuba war nach Darstellung der «Iswestija» der ehemalige Botschafter Washingtons in Havanna und Freund Batistas, Earl Smith, den die Schweizer Regierung als unerwünscht für den Botschafterposten in Bern zurückwies. Das verweigerte Agrément, das in der Oeffentlichkeit diskutiert wurde, ehe Kennedy seinen Kandidaten zurückzog, nahm das Moskauer Regierungsorgan am 28. April zum Anlass einer sehr positiv ausfallenden «Würdigung» der Schweizer Haltung. Die wichtige Rolle des verhinderten Botschafters bei den Aktionen gegen Castro scheint die «Iswestija» aus Indizien abzuleiten. Um Smith, dem Angehörigen der Republikanischen Partei, sei es auch nach dem Wahlsieg der Demokraten nicht still geworden. Gründe: «Er ist Nachbar Kennedys in Palm Beach, die beiden spielen zusammen Golf, ihre Gattinnen sind eng befreundet.»

Bei der Behandlung des diplomatischen Zwischenfalles zwischen Washington und Bern erinnert die «Iswestija» daran, dass die Schweiz nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba mit der Vertretung der amerikanischen Interessen in Havanna betraut wurde. Dabei setzt die Zeitung den Ausdruck, die Interessen «verteidigen» in Anführungszeichen, um die Distanzierung Berns vom Kriegstreiben der amerikanischen Imperialisten zu zeigen.

Dass Smith das Agrément kategorisch verweigert wurde, das war nach dem Moskauer Blatt «ein erniedrigender Affront gegenüber Kennedy, aber den hat er nur seiner Querköpfigkeit und seiner Vetternwirtschaft zu verdanken.»

Innenpolitik

Friedensopfer

Aus «freiwilligen Spenden» der Bevölkerung wird das neueste Werkzeug der kommunistischen Propaganda im Ausland gespeist, der Ende April feierlich eröffnete «Friedensfonds». Damit tragen die Werktätigen, auf deren «freiwillige» Gebefreudigkeit sich schon der «Siebenjahresplan-Fonds» gründete, eine neue Last, die in keinem staatlichen Budget aufgenommen zu werden braucht.

Der Friedensfonds wurde «auf Initiative der Arbeiter, Kolchosbauern, Wissenschafter und Kulturschaffenden» geschaffen und untersteht dem Sowjetischen Komitee zum Schutze des Friedens. Zweck der neuen Institution ist laut «Prawda» die Erweiterung und der Ausbau von Beziehungen zu ausländischen Persönlichkeiten und Organisationen, die für den Frieden kämpfen, um gemeinsam wichtige Massnahmen zur Verhütung eines neuen Krieges zu ergreifen. Die Werbetätigkeit für den kommunistisch verstandenen Frieden wird also im Ausland noch weiter intensiviert werden, direkt auf Kosten der sowjetischen Bürger: «Die finanziellen Mittel werden aus den freiwilligen Spenden der Bevölkerung und der einzelnen öffentlichen Organisationen zusammengetragen. «Weitere Zuschüsse sollen ihm aus Theater- und Konzertvorstellungen, ferner aus dem Verkauf von Büchern und Kunstwerken zufliessen. Seinem propagandistischen Zweck dient er mittelbar, da er «den sowjetischen Organisationen zur Festigung von Frieden, Solidarität und Freundschaft unter den Völkern» finanzielle Unterstützung gewährt.

Die Gründungsversammlung, die am 27. April in Moskau stattfand, wählte zum Präsidenten des Fonds den Schriftsteller N. S. Tichinow (siehe Curriculum), der auch Vorsitzender des Sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens ist. Vizepräsident ist A. P. Winogradow, Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften.

Die Liste der an der ersten Versammlung vertretenen Gesellschaften kann gleichzeitig als Memo für die zahlreichen starken Organisationen dienen, welche mit Auslandkontakten für die sowjetische Sache werben. Es nahmen teil: Delegierte des sowjetischen Komitees zum Schutze des Frie-

---

In Kasachstan sind laut der in Alma Ata erscheinenden «Sozialistik Kasachstan» bewaffnete Freiwilligen-Detachemente zur Bewachung der Grenze zwischen China und der Sowjetunion gegründet worden.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat durch den Moskauer Patriarchen Alexi um Aufnahme in den Oekumenischen Rat der Kirche ersucht. In ihrem Antrag gibt sie die Zahl ihrer Priester mit 30 000 und die ihrer Diözesen in der Sowjetunion mit 73 an.

Unter den Veteranen der kommunistischen Bewegung, «die einen weiten Weg in der Untergrundarbeit hinter sich haben» nannte die «Prawda» auch Vertreter der schweizerischen Partei der Arbeit. Diese «verdienten Angehörigen der revolutionären Bewegung» befanden sich zu Beginn dieses Monats auf Einladung des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau.

dens, des sowjetischen Solidaritätskomitees mit den Ländern Afrikas und Asiens, der Union der sowjetischen Gesellschaften für die Freundschaft mit den ausländischen Staaten, des sowjetischen Frauenkomitees, des Komitees der sowjetischen Jugendorganisationen der UdSSR, des sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen, des sowjetischen Pagwasch-Komitees der Wissenschafter, der Vereinigung zur Unterstützung der Uno in der UdSSR (das gibt es), des Exekutivkomitees der Gesellschaften des (sowjetischen, nicht internationalen) Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes.

Gebrauchsterminologie im Osten

Sowjetische Presse

Obwohl alle sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften ideologisch und politisch gleichgeschaltet sind, erhalten sie ihr besonderes Gewicht als Organe bestimmter Institutionen und ihr besonderes Gesicht je nach ihrem Spezialgebiet.

Prawda

(«Die Wahrheit»), politisches Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR, die massgebende Tageszeitung der Union, deren Leitartikel für die aktuelle politische Linie wegweisend sein können. Nur offizielle Versionen, langatmige eulogisch, keine Kritik am Regime. Grosser Platz für die Aussenpolitik mit starker Klischeehetze gegen den Westen. Ständige Auslandkorrespondenten.

Iswestija

(«Die Nachrichten») Organ des Sowjets der Werktätigen Deputierten der UdSSR, Regierungsorgan. Unter der Chefredaktion von Chruschtschews Schwiegersohn Adschubei lebhafte, interessante Aufmachung und erinnert im aussenpolitischen Teil an westliche Zeitungen. Auch unrühmliche Begebenheiten des sowjetischen Alltags kommen zur Sprache, Missstände werden kritisiert. Ständige Auslandkorrespondenten.

Trud

(«Die Arbeit») Organ des Allunionsrates der Gewerkschaften mit Schwergewicht auf Arbeiterprobleme.

Sowjetskaja Rossija

(«Sowjetrussland») Organ des KP-Zk der Russischen Republik und des RSFSR-Ministerrates. Gut redigiert und interessant gestaltet.

Krassnaja Swesda

(«Der Rote Stern»), Zentralorgan des Verteidigungsministeriums der UdSSR, Armeezeitung. Militäreinheiten werden nie mit Nummer oder Standort bezeichnet, über neue sowjetische Waffen verlautet nichts. Dagegen werden alle wichtigen Waffen, Fahrzeugtypen usw. aus dem Ausland genau beschrieben und kommentiert. Ist nicht nur Fachzeitung, sondern dient auch der parteipolitischen Erziehung im Militär.

Literaturnaja Gasjeta

(«Literaturzeitung»), Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes der UdSSR. Vornehmlich literarische Betrachtungen, häufig mit polemischer Haltung gegen den Westen.

Ekonomitscheskaja Gasjeta

(«Wirtschaftszeitung»), Tageszeitung des ZK der KPdSU. Berichterstattung beschränkt sich grossenteils auf das Unionsgebiet, veröffentlicht u. a. neue Erfindungen, Aufdeckung von Bodenschätzen. Recht differenzierte Betrachtungen zu einzelnen Wirtschaftsfragen. Gut redigiert.

Komsomolskaja Prawda

(«Die Prawda des Komsomol» — siehe KB Nr. 16). Recht vielseitig.

Die Sowjetpresse wird von der Agentur Tass und ihrem Bilderdienst mit Meldungen und Photos versorgt. In nächster Zeit wird die neugegründete Agentur Nowosti ihre Tätigkeit aufnehmen.

Kommunist

die partei-ideologische Zeitschrift der KPdSU. Neuerungen in der Partei-Ideologie werden zuerst hier veröffentlicht und nehmen hernach den Weg in die übrige Presse.

Selskaja Schisn

(«Das Bauernleben»), Landwirtschaftsorgan der KPdSU, lässt die Entwicklung zur agrarischen Vollkollektivierung, ferner Umorganisationen, Säuberungen und dergleichen gut beobachten.

Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo

(«Der Sowjetstaat und das Recht»). Zeitschrift des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften der Akademie der Wissenschafte der UdSSR. Auslegung von Rechtsfragen.

Woprossy Filosofi

(«Fragen der Philosophie»), Zeitschrift der Philosophischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Auslegung der Partei-Ideologie.

Die beiden letztgenannten Zeitschriften haben insofern wegweisende Bedeutung, als hier jeweils neue Ideen und Probleme theoretisch aufgeworfen werden.

Erziehung

Tschechoslowakei

Studentenmangel

Die tschechische akademische Jugend will weder bauen noch unterrichten, sondern musizieren.

Die Hochschulen des Landes haben ihr Plansoll an Einschreibungen — insbesondere für die technischen Fächer — nicht erfüllt.

In der Slowakei hatten sich bis zum 31. März, dem ursprünglich vorgesehenen Meldeschlusstermin, nur 49 Prozent der geplanten Hörerzahl eingeschrieben. Ende April waren es trotz der Fristverschiebung immer noch lediglich 85 Prozent. Besonders schlimm ist die Lage an der Technischen Hochschule von Kosice (Kaschau), während das Interesse am entsprechenden Institut von Bratislava (Pressburg) etwas grösser ist. Schlecht bestellt ist es mit dem Nachwuchs insbesondere auf den Gebieten Bauwesen und Maschinenbau. In ähnlichem Ausmass unter dem Plan liegen die Anmeldungen für die pädagogischen Institute (am krassesten in Kosice mit 29 Prozent). Das grösste Interesse herrscht traditionsgemäss für die Kunsthochschulen, wo sich drei- bis fünfmal mehr Bewerber gemeldet haben als Plätze zu vergeben sind. So herrscht auf sämtlichen Gebieten Unzufriedenheit. Denn die freie Wahl des Studiums gilt in der Tschechoslowakei nur solange, als sie mit den Planziffern nicht in Konflikt kommt.

Curriculum der Woche

NIKOLAJ SEMIJONOWITSCH TICHINOW

Präsident des neugeschaffenen sowjetischen Friedensfonds. Dichter und Schriftsteller, Vorsitzender des sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens, Sekretär des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der UdSSR und Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der Russischen Republik (RSFSR).

Geboren 1896 in Petersburg, Handelsschule, 1918 Freiwilliger der Roten Armee, wo er bereits zu schreiben beginnt. Nach seiner Entlassung widmet er sich ganz der Literatur. Vorerst Gedichte und Bürgerkriegsballaden, erster Erzählungenband (Riskowanni Tschelowjek = Der Risiko-Mensch), worin Helden des friedlichen Aufbaues geschildert werden. Ende zwanziger Jahre aktiv an der Gründung der literarischen Vereinigung der Roten Armee und der Kriegsmarine beteiligt. Ausgedehnte Reisen durch die Sowjetrepubliken und 1935/36 durch Europa, Reportagebücher mit politischer Thematik, die sich nicht nur gegen den Nazismus, sondern gegen die gesamte nichtkommunistische Welt richtet. Während dem Krieg bleibt er im Rang eines Obersten im belagerten Leningrad und verbindet den Militärdienst mit literarischer Tätigkeit, vorwiegend politisch-patriotischer Dichtung. 1941 «Kirow s nami» (Kirow mit uns), 1942 Leningrader Erzählungen, u. a. über Jugoslawien. 1958—1959 erscheint eine sechsbändige Ausgabe seiner Werke.

Seit Kriegsende auch politisch sehr aktiv. 1946, 1950 und 1954 Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, 1940 Vorsitzender des sowjetischen Friedenskomitees, 1955 und 1957 Mitglied der Parlamentarischen Gruppe der UdSSR, 1956 Mitglied des Sowjetischen Solidaritätskomitees für die Länder Asiens, 1958 Sekretär des Vorstandes des sowjetischen Schriftstellerverbandes, 1958 Mitglied der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR.

Mehrfacher Lenin- und Stalinpreisträger, verschiedene weitere Auszeichnungen.

Zur Kontrolle der musikalischen Darbietungen in der Oeffentlichkeit hat das bulgarische Kulturministerium eine Sonderkommission eingesetzt. Sie hat dafür zu sorgen, dass sich keine «dekadenten» westlichen Melodien auf Kosten russischer und bulgarischer Kompositionen breit machen.

BRIEFE

Entwertete Uno

R. S. in Liebefeld. *Der Kreml, anscheinend immer siegessicher, hat es damit (mit weltweiter Verleumdungspolitik) schon so weit gebracht, nun den offenen Angriff auf die Uno zu wagen, wo seine Mitgliedschaft von Anfang an eine reine Fiktion darstellte. So kann diese Weltlüge nur mit einer Auflösung enden. Es handelt sich um eine reine Zeitfrage, d. h. um die Frage, wie lange sich die angeblich befreiten Völker noch frei entscheiden können.*

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

10. Mai 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Dass die kommunistische Weltfriedenslosung in Wirklichkeit für jedes einzelne Land Krieg bis zur durchgeführten Revolution bedeutet, belegt die Aprilnummer der sowjetischen parteitheoretischen Zeitschrift «Kommunist». Zwar spricht die Zeitung — wie schon die letzte Moskauer Erklärung der kommunistischen Parteien und verschiedene Reden Chruschtschews — von der Verhinderung des Krieges, aber damit ist nur der weltumfassende Nuklearkrieg gemeint. Der Bürgerkrieg wird rückhaltlos unterstützt. «Es gibt keine Kräfte», heisst es zunächst, «welche die Wirkung des allgemein geltenden soziologischen Gesetzes beseitigen können, wonach die Produktionsverhältnisse dem Charakter der Produktionskräfte entsprechen müssen. Da (im Westen) diese Hormonie fehlt, führt dieses Gesetz unwiderstehbar zur Revolution. Angesichts des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privatkapitalistischen Charakter der Aneignung gibt es im Kapitalismus nur einen Weg: die Revolution, und zwar die sozialistische Revolution.»

Der Parteitheoretiker Butenko betont das Recht der KP auf «Anerkennung» der Bürgerkriege. Die Kommunisten strebten eine friedliche sozialistische Revolution an, seien aber nach wie vor der Meinung, dass die Wahl der Kampfmittel von den Umständen abhänge und die Störungen eines Bürgerkrieges immer noch erträglicher seien als die Unterdrückung der Werktätigen. Voraussetzung dabei ist, dass die Unterdrückung der Werktätigen überall dort als gegeben erachtet wird, wo eine nicht kommunistische Gesellschaftsordnung herrscht. Das kommt auch in der folgenden Formulierung des Verfassers zum Ausdruck: «Die Kampflosung darf aber nicht jene einer bürgerlich-demokratischen Revolution sein, denn nur die sozialistische Revolution ist es, welche alle Schichten der Gesellschaft hinter der Arbeiterklasse vereinigt und dem Monopolkapital seine Verbündeten wegnimmt.» Ein Geständnis mehr, dass die Zusammenarbeit der KP mit demokratischen Reformbewegungen immer nur taktischer Natur ist, auf deren nachträgliche Ausmerzung gerichtet.

Die gleiche Nummer der Parteizeitschrift bringt übrigens noch einen Beitrag zu der von Chruschtschew geforderten Dreiteilung des Uno-Sekretariats. Die sophistische Spitzfindigkeit als «theoretische Grundlage» dieser Anarchiebestrebung ist bemerkenswert: Es gibt heute drei Weltsysteme: Kapitalismus, Sozialismus und Neutralisten. Ergo muss die Sekretariatsstruktur entsprechend geändert werden. Dabei werden offensichtlich Dinge verschiedener Ordnung durcheinandergerührt, denn wenn sich «Kapitalismus» und Kommunismus als Systeme gegenüberstehen, so ist der Neutralismus nicht ein System, sondern eine politische Haltung, das Verhalten zu diesen Systemen. Deutlich erkennbar ist jedenfalls, dass die Auflösung des Uno-Sekretariats, koste es (u. a. an Logik) was es wolle, auf das ideologisch «fundierte» Parteiprogramm gesetzt wird. Die Handelsunfähigkeit der Weltorganisation wird dogmatische Forderung der KP.

Der Schnappschuss

«Schwarze Ueberstunden» kompensieren laut «Nepszava» in Ungarn die verkürzte Arbeitszeit. Offiziell geniessen in Betrieben mit gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen rund 100 000 Angestellte eine 36- bis 42-Stundenwoche, aber praktisch lässt man die Arbeiter «freiwillige (unbezahlte) Aufbauarbeit» leisten oder beschäftigt sie in nirgends verzeichneter Ueberzeit. «Es ist kein einziger Fall bekannt», schreibt die Budapester Zeitung, «in dem die verantwortlichen Betriebsführer, die von den Arbeitern erwarten, dass sie den Arbeitsausfall durch Ueberstunden einbringen, zur Verantwortung gezogen worden wären.»

*

«Was nützen uns prächtige Ausstellungen von Schuhen, die man nicht kaufen kann?», frägt die «Sowjetskaja Kirgisija». Die kreierten Modelle würden in der Serienproduktion bis zur Unkenntlichkeit verändert. Grund: «Den Produzenten geht es nur um das Plansoll, nicht aber um die Qualität.»

*

Ein kürzliches Geschenk Chinas an Kambodscha bestand in einer Anzahl klassischer buddhistischer Werke, die nach der Rede des chinesischen Botschafters bei der Uebergabe «zum wertvollen historischen und kulturellen Erbe des chinesischen Volkes» gehören. Das Präsent symbolisierte die «Freundschaft der Buddhisten und der Bevölkerung beider Länder.»

*

Eine rückbezügliche Glosse von Radio Budapest zum Fluge Gagarins: Frage: Aus welchem Material bestand das Raumschiff, dass es beim Wiedereintritt in die Atmosphäre nicht brannte? Antwort: Aus ungarischer Kohle.

*

«Warum müssen so viele Leute ihre neue Wohnung so behandeln wie Troglodyten ein zur Strecke gebrachtes Mammut?», frägt «Krokodil» nach Aufzählung etlicher pittoresker Fälle (Versorgung der Ziege im Wandschrank, Taubenschlag auf dem Balkon), in denen Neumieter in kürzester Zeit die modernste Wohnung ruinieren. Das Thema der schwierigen Umsiedlung ländlicher oder «halbstädtischer» Bevölkerung in moderne urbane Behausungen beschäftigt die sowjetische Presse schon einige Zeit. Gefordert werden strengere Massnahmen gegen «Glühbirnenschützen», «Wandzeichner» und andere Schädlinge am kollektiven Wohneigentum.

*

Das hungernde China verkauft Ceylon laut dem neuen Handelsabkommen zwischen den beiden Staaten 200 000 Tonnen Reis.

*

Eine grosse Rolle in Erwerbsleben und Politik spielen die Frauen in der Mongolischen Volksrepublik, wo sie 21 Prozent der Parlamentsabgeordneten im «Grossen-Volks-Hural» stellen. Auch in den lokalen Räten sind sie stark vertreten. 40 Prozent aller Werktätigen des Landes sind Frauen. («Monzhants», Ulan Bator)

*

In der jugoslawischen Werft «3. Mai» in Rijeka sollen bis Ende des nächsten Jahres 20 grosse Handelsschiffe gebaut werden, darunter zwei Einheiten für die Schweizer Schiffahrtsgesellschaft «Oceana Shipping».

*

Aktive jugoslawische Offiziere und Unteroffiziere sowie Armee-Angestellte können sich als ausserordentliche Studenten an Hochschulen immatrikulieren, sofern sie die allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllen und der Dienst nicht vernachlässigt wird.

Rare Experten

Chruschtschews Kritik auf seiner landwirtschaftlichen Inspektionsreise hatte diesen Frühling in erster Linie höheren Verwaltungs- und Parteifunktionären sowie den Kolchosleitern gegolten. Dass diese aber nicht die einzigen Vertreter der agrarischen Kollektivwirtschaft sind, die in letzter Zeit scharf unter die Lupe genommen werden, zeigt unser Beispiel aus dem «Krokodil». Den Fachexperten wird vorgeworfen, dass sie sich vor der Rechenschaftsabgabe dem Kollektiv gegenüber drücken und bei gemeinsamen Besprechungen durch Abwesenheit glänzen. «Und hier, Genossen», erklärt in unserer Darstellung der Versammlungsleiter, «stelle ich ihnen unsere Spezialisten vor.»

Diese konkrete Aussetzung deckt sich durchaus mit der allgemeinen Klage, dass Wissenschafter und Fachleute mit der Produktionspraxis zu wenig verbunden seien. Dem angeprangerten Zustand soll ja gegenwärtig durch verschiedene Massnahmen (u. a. Dezentralisierung von Schulen und wissenschaftlichen Instituten — siehe KB Nr. 13 ff.) abgeholfen werden.